

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

155 (5.4.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Einzelnummern und Verlan von Ferd. Ziegler & Co.
 Hauptredaktion:
 Dr. A. Genz, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine amtliche Note gibt bekannt, daß die Vertreter der alliierten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Italien, gestern Sonntag einen Kollektivschritt beim ungarischen Ministerpräsidenten Teleki unternommen haben, in dessen Verlauf ihm der Wortlaut der von der Völkervereinigung angenommenen Erklärung überreicht wurde, in der der Widerstand der Alliierten gegen jegliche Wiederaufrichtung der Habsburger Monarchie ausgesprochen ist. Die 3 diplomatischen Vertreter der Alliierten haben Teleki darauf aufmerksam gemacht, es läge im Interesse Ungarns, daß Erzherzog Karl Angara so schnell als möglich verlässe. Teleki setzte sich nach diesem Schritt der Alliierten telegraphisch mit Stein am Anger in Verbindung, um eine möglichst schnelle Abreise Karls zu erwirken. Der Erzherzog ließ jedoch antworten, er sei seit Samstag unparitätisch, so daß seine Abreise sich verzögern werde.

Die Abreise Karls.

Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine amtliche Note gibt bekannt, daß die Vertreter der alliierten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Italien, gestern Sonntag einen Kollektivschritt beim ungarischen Ministerpräsidenten Teleki unternommen haben, in dessen Verlauf ihm der Wortlaut der von der Völkervereinigung angenommenen Erklärung überreicht wurde, in der der Widerstand der Alliierten gegen jegliche Wiederaufrichtung der Habsburger Monarchie ausgesprochen ist. Die 3 diplomatischen Vertreter der Alliierten haben Teleki darauf aufmerksam gemacht, es läge im Interesse Ungarns, daß Erzherzog Karl Angara so schnell als möglich verlässe. Teleki setzte sich nach diesem Schritt der Alliierten telegraphisch mit Stein am Anger in Verbindung, um eine möglichst schnelle Abreise Karls zu erwirken. Der Erzherzog ließ jedoch antworten, er sei seit Samstag unparitätisch, so daß seine Abreise sich verzögern werde.

Ein Kollektivschritt der Entente.

Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Solange für das Gelingen des habsburgischen Staatsstreiches auch nur die geringste Hoffnung bestand, hat die literale und nationalisierende Pariser Presse eine kaum verstellte Propaganda für den Erzherzog Karl betrieben. Gaultois, Figaro, Action française und Blätter ähnlicher Richtung traten in den letzten Tagen sogar für die Errichtung einer neuen habsburgischen Monarchie ein. Ein nationalisistischer Schriftsteller, der als Agent Karls bekannt ist, ergab sich in der Action française in den heftigsten Angriffen gegen die Haltung der Regierung Briand und bezeichnet die Mitglieder des Pariser Auswärtigen Amtes als eine Bande, die sich in ihrer Stellungnahme gegenüber Karls nur von ihren politischen Motiven haben leiten lassen und die damit die auswärtige Politik Frankreichs abermals verraten habe. Interessante Schlaglichter auf die engen Beziehungen, die zwischen der habsburgischen Propaganda und den royalistischen Kreisen in Paris bestehen, wirft ein Brief, den der Erzherzog Karl vor kurzem dem Fürsten Herno geschrieben hat, und den die „Lanterne“ veröffentlicht. Erzherzog Karl drängt in diesem Brief darauf, daß in Ungarn die Entscheidung sofort fallen müsse, denn es sei unzulässig, auf den Ausgang der deutschen Kampagne zu warten, da die monarchistische Bewegung Bayerns keine Ausfahrten auf Erfolg habe. Frankreich würde überdies immer ein republikanisches Deutschland vorziehen, denn eine Republik biete immer größere Sicherheiten als selbst eine dienstbare Monarchie. Karl spricht weiterhin über seine eigene hinsichtlich der journalistischen Propaganda in Frankreich und erwähnt hierbei auch die Agentenzentrale, die bekanntlich vor kurzem infolge der Enthüllungen Schweizer Blätter ihr Ergehen einstellte. Am Schluß des Briefes dankt Erzherzog Karl, daß es genügen würde, für die Begründung seiner Reise nach Budapest eine Krankheit vorzuschieben. Im Gegensatz zu diesen nationalisistischen Organen, die den Nachbarstaaten Ungarns ein gemäßigteres Vorgehen anraten, erklärt der „Temps“ in seinem letzten Leitartikel, es müßte den Nachbarstaaten ein Regime für Ungarn gefunden werden. Die ungarische Frage müsse geregelt, die Frage der Westgrenze Ungarns endlich gelöst und ein Regim für Ungarn gefunden werden, das eine Rückkehr der Habsburger nach Ungarn für alle Zeiten unmöglich macht.

Karl und die Pariser Presse.

Dr. A. Genz, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Solange für das Gelingen des habsburgischen Staatsstreiches auch nur die geringste Hoffnung bestand, hat die literale und nationalisierende Pariser Presse eine kaum verstellte Propaganda für den Erzherzog Karl betrieben. Gaultois, Figaro, Action française und Blätter ähnlicher Richtung traten in den letzten Tagen sogar für die Errichtung einer neuen habsburgischen Monarchie ein. Ein nationalisistischer Schriftsteller, der als Agent Karls bekannt ist, ergab sich in der Action française in den heftigsten Angriffen gegen die Haltung der Regierung Briand und bezeichnet die Mitglieder des Pariser Auswärtigen Amtes als eine Bande, die sich in ihrer Stellungnahme gegenüber Karls nur von ihren politischen Motiven haben leiten lassen und die damit die auswärtige Politik Frankreichs abermals verraten habe. Interessante Schlaglichter auf die engen Beziehungen, die zwischen der habsburgischen Propaganda und den royalistischen Kreisen in Paris bestehen, wirft ein Brief, den der Erzherzog Karl vor kurzem dem Fürsten Herno geschrieben hat, und den die „Lanterne“ veröffentlicht. Erzherzog Karl drängt in diesem Brief darauf, daß in Ungarn die Entscheidung sofort fallen müsse, denn es sei unzulässig, auf den Ausgang der deutschen Kampagne zu warten, da die monarchistische Bewegung Bayerns keine Ausfahrten auf Erfolg habe. Frankreich würde überdies immer ein republikanisches Deutschland vorziehen, denn eine Republik biete immer größere Sicherheiten als selbst eine dienstbare Monarchie. Karl spricht weiterhin über seine eigene hinsichtlich der journalistischen Propaganda in Frankreich und erwähnt hierbei auch die Agentenzentrale, die bekanntlich vor kurzem infolge der Enthüllungen Schweizer Blätter ihr Ergehen einstellte. Am Schluß des Briefes dankt Erzherzog Karl, daß es genügen würde, für die Begründung seiner Reise nach Budapest eine Krankheit vorzuschieben. Im Gegensatz zu diesen nationalisistischen Organen, die den Nachbarstaaten Ungarns ein gemäßigteres Vorgehen anraten, erklärt der „Temps“ in seinem letzten Leitartikel, es müßte den Nachbarstaaten ein Regime für Ungarn gefunden werden. Die ungarische Frage müsse geregelt, die Frage der Westgrenze Ungarns endlich gelöst und ein Regim für Ungarn gefunden werden, das eine Rückkehr der Habsburger nach Ungarn für alle Zeiten unmöglich macht.

Die Schweiz und Erzherzog Karl.

Dr. A. Genz, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Bern gemeldet wird, ist im Laufe des gestrigen Tages dem Bundesrat ein Telegramm des Gehandten aus Wien eingetroffen, wonach der Sonderzug mit dem Erzherzog Karl in der Schweiz spätestens am Montag eintrifften wird. Es ist noch nicht bekannt, ob der Kaiser über die österreichische oder über die italienische Grenze in die Schweiz gelangen wird. Das politische Departement hat den eidgenössischen Generalsekretär beauftragt, eine Untersuchung darüber vorzunehmen, welche Tätigkeit der Erzherzog Karl von seiner Ankunft auf Schweizerboden bis zum Verluß des Staatsstreiches entfaltet hat. Die Vernehmung des Erzherzogs über die näheren Umstände seiner Abreise aus der Schweiz soll bereits auf der Fahrt von der Schweizer Grenze bis zu seinem neuen Aufenthaltsort, wofür wahrscheinlich ein kleines Dorf in der Nähe von Lugano gewählt wird, erfolgen.

Basel, 4. April. Das Schweizer Parlament begann heute abend die ordentliche Frühjahrsession, die voraussichtlich vierzehn Tage dauern wird. Grimm-Bern brachte zusammen mit anderen Sozialisten eine Interpellation über die monarchistischen Antriebe der Habsburger in der Schweiz, die Vorgänge auf der Ostreise des Erzherzogs Karl, und die Bedingungen für die Rückkehr in die Schweiz ein. Der Genfer Sozialist Niolet interpelliert den Bundesrat über die Zonenfrage und die Vortehrungen zum Schutze der durch das Vorgehen Frankreichs gefährdeten Interessen Genfs. Zur Beratung gelangt die Vorlage betr. Errichtung des künftigen Internationalen Gerichtshofes. Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte, seine Partei könne der Vorlage nicht zustimmen, da man mit solchen Einrichtungen ebenso wenig zufrieden sein werde wie mit dem Völkerbund überhaupt. Bundesrat Motta begründete es lebhaft, daß die Völkerbundversammlung den Gedanken eines Internationalen Gerichtshofes verwirklicht habe und trat für die Vorlage ein.

Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Genf soll Prinz Sirtus von Parma und Bourbon, der Organisator des Staatsstreiches seines Schwagers sein. Wie nun das Organ des Prinzen „Le Gaulois“ feststellt, ist diese Meldung unzutreffend, da sich der Prinz seit dem 25. März in Marokko aufhält.

Basel, 4. April. Bei der Untersuchung, die der Waadtländische Polizeikommissar in Begleitung eines Polizeiwachmeisters in der Villa Prangins vornahm, erklärte die Erzherzogin Rita, Erzherzog Karl sei seit Donnerstag morgen den 24. März von Prangins abgereist. Sie habe die Vorbereitungen für die Reise getroffen und von dem Vorhaben ihres Gemahls allein Kenntnis gehabt.

Die Kommunisten in Rumänien.

c. Zürich, 4. April. Die rumänische Telegraphenagentur meldet aus Bukarest: In Bukarest wurden etwa 80 Kommunisten verhaftet, die kommunistische Aufrufe an die Soldaten verteilten. Die kommunistische Zeitung wurde unterdrückt, ebenso eine Anzahl Flugblätter, die zur bolschewistischen Revolution aufriefen. In Jassy wurde bei einer Gruppe Kommunisten ein großes Munitionslager entdeckt. Alle Verhafteten unterhielten Beziehungen zu Moskau.

Der Notenwechsel mit Amerika.

Die Staaten für neue Verhandlungen.

W.B. Berlin, 4. April. In der Presse sind entstellte Nachrichten über den Hergang des deutsch-amerikanischen Meinungs-austausches wegen der Reparationen veröffentlicht worden, was Anlaß gibt, den toten Wortlaut der Memoranden klären zu geben.

In dem Memorandum, das der Reichsminister des Innern am 21. März dem hiesigen amerikanischen Kommissar gelegentlich einer Besprechung über die Reparationsfrage übergeben hat, wird festgehalten, daß es nicht richtig ist, wenn Lord George die Behauptung aufgestellt hat, daß Deutschland nicht zur Reparation bereit sei. Vielmehr ist sich nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch das deutsche Volk vollkommen klar darüber, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Schadenersatz leisten muß. Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland, insbesondere auch die deutschen Arbeiter, sind durchwegs gewillt, zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit allen Kräften beizutragen. Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland sind sich auch darüber einig, daß die deutschen Vorschläge für die Reparation der Finanznot bei den Alliierten, insbesondere bei Frankreich, Rechnung tragen müssen.

Zwei große Ziele der Reparation liegen also vor: 1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. 2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Barmittel in fremden Devisen. Deutschland hat zu wiederholten Malen seine Arbeitskraft, seine technische und materielle Hilfe für den sofortigen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Keines seiner Angebote ist erwogen oder bisher auch nur zur Erörterung gestellt worden. Warum? Das wirkliche Interesse an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebietes ist in Frankreich, so befremdend das klingen mag, nur gering. Die früheren Bewohner haben vorzugsweise Entschädigungen erhalten und sind in anderen Teilen des Landes schäftig gemacht. Einfache und einfache Unternehmungsgruppen sind mit der Verwertung des zurückgelassenen Materials und den Aufräumungsarbeiten beauftragt. Sie beschäftigen die Umwidlung ihrer Aufgabe in keiner Weise. Am meisten aber fällt in das Gewicht, daß mächtige Kreise in Frankreich in den zerstörten Gebieten ein außerordentlich starkes Agitationsmittel erblicken, welches bei Einheimischen und Fremden begrifflichweise stets einen tiefen Eindruck hinterläßt. Deutschland wünscht keine Verewigung des Völkerbundes und daher nochmals der französischen Regierung Vorschläge unterbreiten, deren Einzelheiten gegenwärtig mit den französischen Arbeiterkräften beraten und aufgestellt werden. Daß die französische Regierung Bedenken gegen die Verwendung deutscher Arbeitskräfte in Wiederaufbauarbeiten hat, ist nicht verständlich, doch die deutsche Regierung auch bereit sein, in jeder anderen möglichen, der französischen Regierung genehmen Form ihre guten Dienste und Kräfte zur Verfügung zu stellen. Die Beschaffung großer Geldmittel und fremder Devisen ist für Deutschland nur durch starke Steigerung seines Exportes möglich.

In der anliegenden Denkschrift der deutschen Sachverständigen für die Konferenz ist deshalb dargelegt, welche Steigerung nötig wäre, um große Summen zu erzielen und welche Gefahren dies für die Wirtschaft anderer Länder bedeuten würde. In jedem Falle können auf diesem Wege die notwendigen Barbeiträge nicht sofort erzielt werden. Alle anderen Bedenken, die gelegentlich geäußert worden sind, ergeben nur Erträge in Papiermark, mit denen den künftigen Gläubigern nicht geboten ist. Der Finanznot der Alliierten kann nur im Wege des Kredites Abhilfe geschaffen werden. Die Voraussetzung für deutsche Auslandskredite ist die Kreditwürdigkeit Deutschlands, diese aber ist völlig untergraben durch die Alliierten selbst, die sich im Verlaufe der Verhandlungen eine Generalhypothek auf den gesamten Besitz und alle Einnahmequellen des deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle vorbehalten haben. In den Pariser Beschlüssen haben die Alliierten überdies das Recht der Entscheidung für sich in Anspruch genommen, ob und in welchem Umfang Deutschland Auslandskredite nachsuchen darf. Da Frankreich und England selbst überschuldet sind, einer Kreditgewährung seitens Deutschland aber die Generalhypothek im Wege steht, bleibt als einzige Lösung des Kreditproblems nur die Aufnahme einer internationalen Anleihe möglich.

Zu Gunsten dieser internationalen Anleihe müssen die Alliierten ihre Generalhypothek zurücktreten lassen. Deutschland wäre bereit, für die Anleihe die erforderlichen Sicherheiten zu gewähren u. glaubt, bei zweckmäßiger Gestaltung der Anleihe und bei Gewährung einer Amnestie für Steuerflicht geschädigtes deutsches Kapital in erheblichem Ausmaß für die Anleihe heranzuziehen und für den Reparationsdienst nutzbar machen zu können. Deutschland würde sich nicht weigern, in der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die Verzinsung und Tilgung der Verbindlichkeiten einzeln einzeln zu übernehmen, wenn dies von den Alliierten und ihren Gläubigern gewünscht werden sollte. Deutschland erklärt sich aber auch ausdrücklich bereit, jedem anderen Vorschlag sich anzuschließen, der geeignet erscheint, die Entwirrung des europäischen Wirtschafts- und Finanzproblems herbeizuführen und wird hierbei vollkommen seine eigene finanzielle Leistungsfähigkeit gerne dem Urteil unparteiischer Sachverständiger unterstellen. Deutschland glaubt, daß die ungeheure Schuldlast, die alle beteiligten Staaten zu tragen haben, nicht auf die Schulter eines einzigen Volkes gelegt werden könne. Es glaubt, daß die Wiederaufrichtung des internationalen Wirtschaftslebens auch nicht durch eine Politik der Gewalt und der Drohungen, sondern durch eine friedliche Auseinandersetzung und Verständigung zu erreichen ist. Die deutsche Regierung legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu betonen, daß sie zu ihrem Teil ehrlich gewillt ist, diesen Weg zu gehen.

Der amerikanische Kommissar Herr Dressel hat am 29. März als Antwort auf das deutsche Memorandum dem Auswärtigen Amt ein Memorandum übergeben, dessen wörtliche Uebersetzung lautet: Die amerikanische Regierung ist erfreut über Dr. Simons informelles Memorandum, aus dem in unzweideutiger Weise der Wunsch der deutschen Regierung hervorgeht, die übernommene Reparation bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die Anerkennung dieser Verpflichtung, die das Memorandum in sich schließt, scheint der Regierung der Vereinigten Staaten die einzige gesunde Basis zu sein, auf der ein gesicherter und gerechter Frieden wieder hergestellt werden kann und unter dem die verschiedenen europäischen Nationen wieder zu wirtschaftlicher Stabilität gelangen können. Die amerikanische Regierung glaubt, in dem Memorandum den Wunsch der deutschen Re-

gierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu eröffnen und hofft, daß derartige Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer letzten Regelung führen mögen, die den berechtigten Ansprüchen der Alliierten Genüge leistet und Deutschland erlaubt, hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

Dr. A. Genz, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Öffentlichkeit hält weiterhin ihre Darstellung aufrecht, daß die deutsche Regierung verübt habe, Amerika für den deutschen Standpunkt in der Wiedergutmachungsfrage zu gewinnen und daß die Antwort des Präsidenten Harding eine schwere Enttäuschung für Berlin bedeute. Man sieht in dieser Antwort ein erstes Resultat der Mission Vivianis und hält sie für den Beweis dafür, daß Frankreich gegenüber Deutschland auch auf die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen könne. Die Regierungspresse betont diese Darstellung um so stärker, als sie damit die Öffentlichkeit über die weitere Richtung hinweg zu trösten hofft, daß Amerika den Versailles Vertrag nicht ratifizieren werde. Die Enttäuschung in Frankreich muß hierüber um so größer sein, als der Sonderberichterstatter des „Matin“, der Viviani auf seiner Reise begleitete, noch vor wenigen Tagen die Hoffnung aufrecht erhalten hat, daß der Vertrag, wenn auch mit Ausschluß des Völkerbundes, doch von der neuen Regierung ratifiziert werden würde. Die rabuläre Pariser Presse äußert sich denn auch über die ganze Angelegenheit weit vornehmlicher, als die Regierungspresse und meint, daß Viviani in Amerika doch auf sehr große Schwierigkeiten gestoßen sein müsse. Die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten sei durch die Politik der nationalisistischen Blöds auf höchste Beunruhigung, und wenn die Washingtoner Regierung sich auch moralisch auf Frankreichs Seite stelle, so leugne sie nicht, daß Verhandlungen mit Deutschland im Gange seien. Der „Temps“ ist befriedigt von der Haltung Americas und versichert nochmals, daß Frankreich bereit sei, allen amerikanischen Wünschen und Interessen Rechnung zu tragen. Auch der Völkerbund dürfe kein Hindernis sein für das enge Zusammenarbeiten zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten.

Die Knox'sche Friedensresolution.

ii. Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine hier verbreitete Havasmeldung aus Washington besagt, daß allen Anzeichen zufolge, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Regelung der internationalen Lage im Sinne der in den letzten Tagen verbreiteten Nachrichten erfolgen werde. Es besteht der Eindruck, daß die Verhandlungen im amerikanischen Senat über die Resolution Knox und über den Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland mit jener Politik enden werden, die darauf besteht, daß Frankreich unter keinen Umständen im Stich gelassen werden dürfe. Die politischen Kreise in Washington heben hervor, daß ein erster Schritt in dieser Beziehung von den Vereinigten Staaten unternommen worden wäre, als sie Deutschland warnen ließen, nichts zu unternehmen, was den Interessen der Alliierten zum Nachteil laufe. Der „New-York Herald“ berichtet heute, daß Harding am letzten Samstag eine lange Unterredung mit Knox hatte. Wie das Blatt wissen will, wird der Wortlaut der Knox'schen Resolution nicht abgeändert werden, jedoch sei noch unbestimmt, ob Zusatzanträge zu dieser Resolution während der Verhandlungen im Senat eingebracht werden.

ee. Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine Havasmeldung aus Washington bestätigt die Mitteilung, daß Senator Knox sich für einen Sonderfrieden mit Deutschland eingesetzt habe und daß eine kategorische Erklärung erfolgte, von einem Nachschuß der Schulden der Alliierten an Amerika könne nicht die Rede sein, ohne daß eine vollkommene Klärung in der Frage der deutschen Zahlungen erfolgt sei. Was Frankreich betrifft, so herrscht der Wunsch vor, es nicht fallen zu lassen. Deutschland sei von der Regierung der Vereinigten Staaten verständigt worden, daß sie nichts zu unternehmen gedente, was als eine Frucht von der Seite der Entente angesehen werden könnte. Man könne die Annahme der Resolution des Senator Knox noch mit einem Zusatz versehen, die den französischen Wünschen volle Befriedigung verschafft und zu gleicher Zeit der Politik seiner Verbündeten Rechnung tragen würde.

ee. Paris, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen, die dem „New-York Herald“ aus Washington zugehen, wird die Resolution des Senator Knox über einen Sonderfrieden mit Deutschland erst nach der Erledigung des Vertrages mit Kolumbien zur Beratung kommen. Das Blatt sagt, der Friedenszustand mit Deutschland soll in einer Form ausgesprochen werden, daß niemand zu der Ansicht kommen könne, Amerika bewiese Deutschland keine Sympathie. In der Resolution, die der Kongreß annehmen wird, dürfte sich zunächst der Text der Havasnote an Deutschland finden, in der es heißt, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei. Dann wird darin der Vorschlag enthalten sein, daß jeder neue Angriff Deutschlands von den Vereinigten Staaten als feindseliger Akt aufgefaßt werden würde.

Die Meldungen des Blattes lassen klar erkennen, daß Viviani alle Anstrengungen gemacht hat, um die Nichtannahme der Resolution durchzuführen. Es haben dann zwischen Viviani und Knox Besprechungen wegen der Form der Resolution stattgefunden, Viviani sei mit der Resolution in der neuen Form einverstanden gewesen. Die „Chicago Tribune“ bestätigt diese Auffassung und fügt hinzu, daß Frankreich auch an der Zurückbehaltung der amerikanischen Truppen im Rheinlande interessiert sei. Viviani habe sich bemüht, in diesem Sinne Zugeständnisse zu erlangen. Dies scheint ihm auch gelungen zu sein, denn nach den jüngsten Meldungen aus Washington soll die Zahl der amerikanischen Truppen am Rhein nicht vor dem 1. Juli vermindert werden.

d. Haag, 4. April. (Eig. Drahtbericht.) Verschiedene englische Berichte aus Washington besagen, daß Viviani alles aufbiete, um die amerikanische Regierung zu bewegen keinen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen.

ii. Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Senat wird morgen das Budget für die auswärtigen Angelegenheiten erörtern. Bei diesem Anlaß wird der Ministerpräsident Briand eine ausführliche Erklärung über die auswärtige Lage abgeben.

Eine Hege zu weiterer Behebung.

Dr. A. Genf, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Diskussion über die Sanktionen, die in den letzten Tagen in der französischen Presse vollkommen eingeschlagen war, hat sich aufs Neue belebt, und in dem gleichen Augenblick, da die Durchführung der rheinischen Zollmaßnahmen bereits wieder die Forderungen auf Behebung neuer Gebiete auf. Der „Petit Parisien“ sagt, wenn die Alliierten sich nicht der Zwangsmassnahmen einigen könnten, wird es für sie auch nicht schwer sein, die Behebungsgrenze 20 bis 30 Kilometer weiter nach Osten zu tragen. Eine solche Erweiterung aber würde genügen, damit das Ruhrgebiet und die ganze Industriegegend Westfalens in die Hände der Alliierten gerate. An dem Tage, an dem keine Tonne Kohle aus dem Ruhrgebiet und keine einzige Maschine aus Eisen in das unbesetzte Deutschland gelangen kann, ohne die Zollgrenze zu überschreiten, wird die Wiederherstellung der Zollgrenze gelöst sein.

Zu dem gleichen Ergebnis gelangt auch Poincaré in einem Artikel des „Matin“. Poincaré will sich zwar nicht über die Art neuer Maßnahmen äußern, gibt aber ebenfalls zu verstehen, daß auch er für eine Ausdehnung des besetzten Gebietes ist, wofür die Alliierten nur eine geringe Kraftanstrengung nötig hätten. Die erforderlichen Entschlüsse müßten jedoch sofort getroffen werden, denn die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten würden mit jedem Tage größer werden.

Heros singt in der „Victoire“ das gleiche Lied und ist überzeugt, daß die Behebung des Ruhrgebietes und Westfalens Deutschland sofort zum Nachgeben zwingen werde. Eine andere Entwicklung der Dinge wünscht jedoch Poincaré, nach dessen Meinung die Anstrengungen Frankreichs sich gegenwärtig vor allem darauf richten sollten, das rheinische Gebiet immer mehr von Deutschland loszulösen. Poincaré habe zwar in London Lloyd George versprochen müssen, daß Frankreich nicht eine Annexion oder auch nur eine Selbständigmachung des Rheingebietes betriebe, aber die rheinische Zollgrenze wird nur dann eine abschließende Wirkung auf die Berliner Regierung haben, wenn Deutschland befürchten müßte, daß eine solche Abänderung doch eintreten könnte. Die Zollmaßnahmen sollen deshalb nicht darauf gerichtet sein, möglichst hohe Einnahmen zu erzielen, sondern darauf, ein wirtschaftliches System im besetzten Gebiet zu schaffen, das von den Verhältnissen im unbesetzten Deutschland möglichst verschieden sei. Dieses Vorgehen nennt Poincaré eine moralische Bürgerpflicht, und da auch noch eine materielle Bürgerpflicht notwendig ist, so befürwortet auch er die Behebung des Ruhrgebietes.

Dortens verunglückte Rheinrepublik.

d. Adn, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der Anruhen im linksrheinischen Gebiet versuchten Dortensleute in der Umgebung von Mors die rheinische Republik auszurufen. Diese Absicht der rheinischen Sonderbündler fand aber bei der Bevölkerung wenig Anklang, so daß es gelang, die Versammlung ohne Schwierigkeiten aufzulösen. Der frühere Kölner Unabhängige Smeets, ein überbelegener rheinischer Sonderbündler, wurde bei dieser Gelegenheit von den Belgiern verhaftet.

Betriebsratwahlen im Ruhrrevier.

Berlin, 4. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Bodingen liegen von den Betriebsratwahlen im Ruhrrevier die Ergebnisse von 66 Betrieben vor. Gewählt sind bisher 377 Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaften, 108 der christlichen Gewerkschaften, 23 der polnischen Berufsvereinigungen, 2 der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften, 136 der freien Arbeiterunion, 21 der Spundkasten und 11 der Vereinigten kommunistischen Parteien.

Die Lage in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 4. April. Die Meldebüro des Oberpräsidiums teilt mit: Im Regierungsbezirk Merseburg wurden auf verschiedenen Streifen mehrere Personen festgenommen und auch Gewehre beschlagnahmt. Festgesetzt wurde mit einer Hundertschaft dauernd belegt. Im Kreise Torgau wurden 230 Personen festgenommen. In Torgau ist ein Handgranatentatort auf den 2. Bürgermeister verlegt worden, das mißlang. Es wurden erhebliche Munitionsfunde gemacht. Im übrigen kann gesagt werden, daß die Lage im allgemeinen ruhiger geworden ist und daß die Aufbruchbewegung als niedergelassen betrachtet werden kann.

Berlin, 5. April. Nach einem Bericht des „Berl. Lokal-Anzeiger“ werden die Wiederherstellungsarbeiten in den Leinawerken Ende dieser Woche beendet sein, so daß dann der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Für die Einstellung der Arbeiter soll eine bestimmte Jahresgrenze festgesetzt werden, da jeder, der in einem für Deutschland so wichtigen Betriebe wie in den Leinawerken arbeitet, eine gewisse Reife erlangt haben muß.

Breslau, 4. April. Der Postzeit gelang es, verborgene gehaltene Sprengstoffe zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Durch einen Zufall gelangte sie außerdem in den Besitz von Schriftkäufern, auf Grund derer sie eine große Anzahl von Personen verhaftete. Bisher sind ungefähr 50 Personen festgenommen worden, darunter zehn Personen aus der Provinz.

Die Sicherung der Bahnen.

Berlin, 5. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Durch den Aufruf des Reichsverkehrsministers Gröner, der den Eisenbahnen nahelegt, für den Schutz der Verkehrseinrichtungen in weitestgehendem Maße Sorge zu tragen, ist in den Kreisen der Eisenbahnerorganisationen die Frage aufgetaucht, ob es nicht angezeigt wäre, die Beamten zum Zweck des Selbstschutzes mit Waffen zu versehen. Dem wird aber entgegengetreten, daß das Personal kleiner Stationen so schwach sei, daß es Bandenangriffen schwerlich standhalten könne und daß bewaffneter Widerstand nur die Angriffe

der Banden verstärken würde. Ueber diese Frage des Selbstschutzes, wie auch über die Sicherung der Eisenbahnanlagen wird in den nächsten Tagen in dem Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen eingehende Rücksprache genommen werden.

Finanzministerkonferenz in Berlin.

Berlin, 5. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Finanzministerkonferenz, die heute in Berlin zusammentritt, wird sich vor allem mit der Rückwirkung der Einkommensteuernovelle auf das Gesamteinkommen und mit ihrer Rückwirkung auf die Länder und Gemeinden befassen. Auch die Frage des reicheinkommensteuerfreien Privateinkommens von 1500 Mark, die bekanntlich vielfach von den Gemeinden zur Steuer herangezogen wird, soll erörtert werden.

London, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) In der gestrigen Unterhausdebatte wurde mitgeteilt, daß Deutschland unter Berücksichtigung aller Aktiven 4 Milliarden Pfund gezahlt habe.

Die deutsche Flotte.

Berlin, 4. April. Im 8. deutschen Seeschiffahrtstage gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der die durch die Tagung vertretene Schiffahrtswelt sich nachdrücklich zur schwarz-weiß-roten Flotte bekennt. Für diese Stellungnahme seien rein praktische Gründe maßgebend: Nautische und kaufmännische Erwägungen sowie Rücksicht auf die unwandelbare Anfänglichkeit der Auslandsdeutschen an die alten Farben. Die Resolution empfiehlt auch, im Wege einer allgemeinen Abstimmung die Auffassung des gesamten deutschen Volkes zur Flaggengröße unabweisend feststellen zu lassen.

Die deutschen Schiffe.

London, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) In London sind gestern 6 Vertreter Deutschlands eingetroffen, um verschiedene Fragen zu beraten, die die Uebergabe der deutschen Handelsmarine betreffen. Man kann annehmen, daß die endgültige Zuteilung der von Deutschland übernommenen Schiffe auf dieser Konferenz entschieden werden wird.

Die Durchreise durch den polnischen Korridor.

Berlin, 3. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Für die Durchreise durch den polnischen Korridor, die durch Schikanen der polnischen Behörden bisher erschwert war, sind jetzt kleine Erleichterungen geschaffen. Bei den beiden durchgehenden Schnellzügen auf der Strecke „Schneidemühl-Königs-Birchau-Marienburg“ genügen für die deutschen Reichsangehörigen einfache Personalausweise mit Lichtbild ohne Stichtempel. Auf allen anderen Strecken und Zügen dagegen ist nach wie vor das polnische Visum erforderlich.

Revision im Hüller-Prozess.

Berlin, 5. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie das „Völk. Volksblatt“ meldet, ist von der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des außerordentlichen Schwurgerichts im Hüller-Prozess Revision angemeldet worden. Auch der Verteidiger des Oberleutnants Hüller hat gegen das Urteil Revision eingelegt. Die Revision der Verteidigung stützt sich lediglich darauf, daß die Berufung des ersten Urteils des Kriegsgerichts nicht ordnungsgemäß eingelegt ist.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 4. April. Die Berichte, die über den Kohlenarbeiterstreik aus dem ganzen Lande einlaufen, besagen, daß die Eisenbahner bereit sind, sich den Bergarbeitern zur Herbeiführung eines Generalstreiks anzuschließen. Es scheinen wenig Zweifel zu bestehen, daß sich die Verammlung der Eisenbahndelegierten am Mittwoch für eine volle Unterstützung der Bergarbeiter aussprechen wird. Das Land steht daher vor der größten industriellen Erschütterung in seiner Geschichte, insbesondere wenn die Transportarbeiter, was höchst wahrscheinlich der Fall sein wird, ebenfalls gemeinsame Sache mit ihren Verbündeten im Arbeiterdreh und machen. Die Regierung der Eisenbahner zum Streik ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sie einen ähnlichen Schritt zur Herabsetzung ihrer Löhne voraussehen, wenn die Regierungskontrolle über die Bahnen aufhört, was im August der Fall sein wird. Die Eisenbahner sind daher der Ansicht, es sei besser, jetzt mit den Bergarbeitern zu streiken als später. Inzwischen verhilft sich die Kohlenlage dauern. In einigen Bezirken, hauptsächlich in Schottland, unternehmen die Streikenden Einschüchterungsversuche der Arbeitswilligen und zwingen sie, die Arbeit einzustellen mit dem Ergebnis, daß die Schächte voll Wasser laufen und ihre Bekörnung als unvermeidlich angesehen wird. In einem Schachte in Südwales mütet ein großer Brand. „Westminster Gazette“ schreibt, es sei ein Hoffnungsstimmer vorhanden auf eine baldige friedliche Beilegung des Konfliktes. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß eine Einigung zustandekomme, noch bevor die Eisenbahner und die Transportarbeiter ihre verhängnisvollen Entscheidungen treffen. Unter den Bergarbeitern soll der Eindruck herrschen, daß die Unternehmer bald mit besseren Bedingungen kommen werden.

Lloyd George ist heute aus Choquers zurückgekehrt und präsierte heute nachmittag einem zweiflügeligen Ministerrat in der Downing Street.

London, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter von Clamorgan wollen 25 Mann bei den Pumpen in den Bergwerken lassen, um ein Erlaufen der Schächte zu vermeiden. Die Eisenbahner von Glasgow haben sich gestern nachmittag mit den Bergarbeitern solidarisch erklärt und ihre Vertrauensmänner beauftragt, bei der am kommenden Mittwoch stattfindenden Verammlung den Streik zu erklären, wenn sie dies für notwendig halten würden.

D. London, 4. April. (Eig. Drahtbericht.) Durch den Bergarbeiterstreik, der auf der ganzen Linie eingeleitet hat, sind bereits zahlreiche Eisen- und Stahlwerte gewonnen worden, ihre Hochpreise ausblauen zu lassen. Auch der Eisenbahnerstreik ist in eine schwierige Lage gekommen. Den auswärtigen Schiffen wird Bunkerkohle nur auf ausdrückliche Bewilligung der englischen Regierung geliefert.

Michael Georg Conrads 75. Geburtstag.

Michael Georg Conrad hat in der Geschichte des deutschen Naturalismus eine gewichtige Rolle gespielt, denn gleich einem Sturmhauch, einer jener antiken Belagerungsmaschinen, oder gleich einem bayerischen Landsmann, dem Schmied von Rochel, sprengte er das Tor in wuchtigem Ansturm, um eine neue, frische Strömung in der Literatur in die verstaubte Luft veratmet und steril gewordener Verhältnisse eindringen zu lassen. Er war wirklich ein wahrer Michael, ein gepanzerter Streiter für die naturalistische Auffassung der Dinge und als Vorkämpfer des Sozialismus übernahm er mit einigen gleichgesinnten Kollegen am Anfang der achtziger Jahre die Führung des deutschen Naturalismus, um diesen in hartem, unermüdeten Kampfe schließlich zum Siege zu führen und ihn durchzuführen.

M. G. Conrad ist ein Sohn des bayerischen Maingaus; er wurde vor 75 Jahren am 5. April 1846 zu Gnoßstadt im Frankenslande geboren. Erst wollte er Lehrer werden, verbrachte auch einige Jahre in Genu, um sich dort mit französischen Sprachstudien eingehend zu beschäftigen, wobei ihn die Freimaurerei in ihren Bannkreis zog, und er deren Betreibungen viel von seiner Zeit widmete. Dann ging der junge Student auf Reisen, sah Italien und später Frankreich, und machte dabei die Bekanntschaft eines Friedrich Nietzsche, die er dann später so prächtig seinen Zeitgenossen zu schildern verstand und, und schließlich auch die Solas, dessen Roman „Im Wauche von Paris“ er zufällig auf einer Fahrt nach Frankreichs Küsten in die Hände bekam und dessen Vektüre ihn für seinen Verfasser derart begeisterte, daß er mit einem Schläge zum Zola-Schwärmer wurde. In Paris hat dann Conrad längere Zeit als Journalist gelebt, mit Persönlichkeiten wie Augier und später Maupassant geistige Beziehungen angeknüpft, und sich dort all das angeeignet, was er als Schriftsteller brauchte, um später damit den Naturalismus in Deutschland durchzuführen. Stoffe aus dem Pariser Gesellschaftsleben sind es denn auch gewesen, die Conrads erste selbständige Werke enthalten, seine „Madame Lutetia“, „Parisiens“ und später „Antetias Tochter“, novelistische Skizzen in impressionistischer Art ohne die bisher herrschende Verhimmelung von französischen Anfängen. Auf deutsche Verhältnisse speziell auf Typen aus der Münchener Gesellschaft, übertrug darauf Conrad die Art seiner Schilderung in dem später erschienenen Roman „Lorenzans der Liebe“, ein Buchlein, das den Namen seines Verfassers schnell in Deutschland bekannt machte und ihm von

der gemehrten Seite mancherlei gebällige Angriffe eintrug. Doch Conrad hatte keinen Stil gefunden, und er vertiefte ihn und erweitere sich als naturalistischer Schriftsteller in seinen prächtigen Welterfahrungen des Münchener Lebens am Ausgang der Bierbaum, Hans von Gumpenberg, Georg Schaubern, Julius Schaubenberg, usw. ragte Conrad als Führer hervor und seiner Initiative verdankt auch die „Gesellschaft für modernes Leben“ ihre Gründung, die am 20. Januar 1891 auf einer Insel in der schönen Nari in den überfüllten Räumen des Restaurants „Nacht“ ihre erste Zusammenkunft abhielt, bei welcher die hohe Gestalt Conrads auf der Rednertribüne erschien, und der mit seiner feurigen, warmherzigen Bereitwilligkeit über die Aufgaben dieser neuen literarischen Gesellschaft sprach, die durch Vortragsabende, eine „Freie Bühne“, Kunstausstellungen und eine neue Zeitschrift einen modernen Zug in das Münchener Kunstleben am Anfang des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts gebracht hat. Immer war Conrad Führer, solange in der Welt, wo es not tat, und er blieb auch der Mittelpunkt des Münchener Kunstlebens als Publizist, Schriftsteller, Kritiker und Vortragsredner, wenn es galt, irgend einen Kampf aufzunehmen, einen Angriff abzuwehren oder eine neue Strömung der Kunst oder der Literatur zur Geltung zu bringen. „Krieg den Philistern“, d. h. den Kunstbananen, war und blieb die Losung des Streikers achtziger Jahre und war in seinen Romanen „Was die Nar raucht“ und „Die flüchtigen Jungfrauen“, die heute freilich mehr den Wert von reinen Kulturdokumenten als den von literarisch wertvollen Erzählungen besitzen. Damals aber erraten diese Bücher berechtigtes Aufsehen. Conrad fand zustimmende Geister, die sich ihm anschlossen und aus dieser Stimmung heraus gründete man die moderne Zeitschrift „Die Gesellschaft“, deren erstes grünes Heft am 1. Januar 1885 unter der Redaktion Conrads erschien.

Die ausgesprochene Kämpfernatur eines Michael Georg Conrad kommt so recht in den damaligen Programmpunkten dieser ersten Nummer der „Gesellschaft“ zum Ausdruck: es heißt da u. a. „Unsere „Gesellschaft“ bezweckt zunächst die Emanzipation der vertriebenen schmerzhaften Literatur und Kritik von der Ironie der „höheren Töchter“ und der „alten Weiber“ bederlei Geschlechts; sie will mit leiser geist- und freibleibmörderischen Verwechslung von Familie und Kinderstube aufzäumen, wie solche durch journalistischen Individualismus, der nur auf Absonnerung ausgeht, zum größten Schaden unserer nationalen Literatur und Kunst bei uns landläufig geworden usw. . . .“ In der Tat war es nötig, die Verbindung und Verla-

WTB. London, 4. April. In einer Versammlung der Bergarbeiter erklärte der Arbeiterführer Ben Tillet, bevor eine Sympathieaktion für die Bergarbeiter unternommen würde, müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um alle in Betracht kommenden Parteien wieder zusammen zu bringen, um die Verhandlungen neu zu eröffnen.

Wie gemeldet wird, werden nach den Bergwerten von Fife, wo sich unter den streikenden Bergarbeitern Anzeichen von Ungehorsamkeit bemerkbar machen, Marineuppen entsandt. In Fife marschieren 2000 Arbeiter zu den Bergen und zwingen die dort anwesenden Arbeitswilligen durch ihre drohende Haltung zur Arbeitseinstellung.

Wie Reuter meldet, hat die Komtrakt alle Beurlaubungen zurückgezogen.

Berlin, 5. April. Die kommunistische Partei erklärt in der „Roten Fahne“ an die deutschen Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter einen Aufruf zur aktiven Unterstützung der streikenden englischen Bergleute. Die Transportarbeiter und die Eisenbahner werden aufgefordert, Kohlentransporte nach dem genannten Auslande zu verhindern.

Der Krieg in Irland.

Basel, 4. April. Die „Preßinformation“ meldet aus London: Die Blätter erhoffen von der Ernennung Lord Talbots zum Vizekönig von Irland eine Besserung des Verhältnisses zwischen England und Irland. Es sei das Bestreben des neuen Vizekönigs, die bestehenden Gegensätze zwischen der britischen Regierung und den irischen Republikanern zu mildern. In Dublin wurde der Ausnahmezustand aufgehoben.

Küditritt des Inzamburgischen Kabinetts.

WTB. Frankfurt a. M., 4. April. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Luxemburg: Das Ministerium Reuter ist zurückgetreten. Der Küditritt ist auf den Wunsch zurückzuführen, die Regierung durch Sozialdemokraten genehmigen Vertretern dieser Partei zu erneuern. Möglicherweise wird Reuter mit der Neubildung der Regierung betraut werden.

Kühlicher Erfolg.

WTB. Paris, 5. April. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel bestätigt sich der gemeldete Rückzug der griechischen Truppen auf die Linie Brussa. Die Türken verfolgen energisch.

Vermischte Nachrichten.

Was fressen die Menschenaffen?

Es ist eine bemerkenswerte Entdeckung, daß sie ausgesprochene Vegetarier sind. Ihre Hauptnahrung bilden Blätter und Knospen sowie das weiche Mark der Pflanzenstengel, während Früchte aller Art mehr als Zusatz dienen. Wenn die Affen in die Pflanzungen der Neger einfallen, dann halten sie sich besonders an die Bananen und Pfirsichstauden. Dabei haben sie es weniger auf die Früchte abgesehen, die gewöhnlich schon vor ihrer völligen Reife von den Eingeborenen abgeerntet werden, sondern sie brechen die Stauden um und verzehren die weichen inneren Blattstiele. Neben der ausschließlich pflanzlichen Kost kann eine gelegentliche Aufnahme von Nahrung tierischer Natur keine Rolle spielen. Bei allen Untersuchungen des Darminhalts erlegter Gorillas und Schimpansen, die von früheren Beobachtern und von Guard Reichenow vorgenommen wurden, fehlen Reste von Fleischnahrung völlig. Ohne Zweifel werden hin und wieder Vögel erbeutet; denn ein eingespangener Schimpanse erwidert sich mit deren fadgemahnter Behandlung vertraut, indem er in ein ihm gereichtes Hühnerchen an der Spitze mit den Zähnen ein Loch sticht und es dann auswickelt. In der Gefangenschaft ändern sich die Bedürfnisse der Menschenaffen. Hier nehmen sie Fleischnahrung, wenn sie sich erst einmal daran gewöhnt haben, mit großer Vorliebe zu sich.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel, 5. April, morg. 6 Uhr: 0,25 m, gest. 20 cm.
Rehl, 5. April, morg. 6 Uhr: 1,20 m, gest. 5 cm.
Nagau, 5. April, morg. 6 Uhr: 2,61 m, gest. 6 cm.
Mannheim, 5. April, morg. 6 Uhr: 1,39 m, gest. 5 cm.

Advertisement for Winkelhäuser wine. It features a central illustration of a man in a hat and coat, possibly a winemaker or a satisfied customer, standing next to a large bottle of wine. The text around the illustration reads 'Alte Reserve' at the top, 'Winkelhäuser' in a large, stylized font in the middle, and 'die deutsche Weinbrandmarke' below it. At the bottom, it says 'Generalvertretung für Baden u. Fabriklager 6877 Mandorl & Meiert, Karlsruhe i. Baden, Fernruf 4983'.

der deutschen Literatur der 70er und 80er Jahre, die durch die Buchenheidenbriefe, den Marklittroman, den archaisierenden Kulturroman und das Heulendekontak der Lindau und Genossen eingeleitet war, zu befehligen. Und dies hat jene Literaturnippe, die mit der Gesellschaft die Führung dieser neuen Strömung übernahm, auch erreicht. Im Kampfe schloß sich Conrads Streiternatur wohl, und es war eine Lust, ihm zuzusehen, wie er die gegnerischen Fische parierte und in verstärkter Form zurückzugeben verstand. Er wurde ein das Münchener Kunstleben beherrschende Persönlichkeit, ein Publizist im besten Sinne des Wortes, ein Führer vornehmster Art und ein ehrlüster Streiter im Kampfe der Geister um ihre Ziele und Ideale.

Handels-Zeitung der „Badischen Presse“

Der Einfuhrbedarf Jugoslawiens.

H.K. Der Staat Jugoslawien — zusammengesetzt aus Serbien, Montenegro, Dalmatien, Kroatien und Slavonien, aus Teilen von Kärnten und des Banats — ist mit seinen 271 000 Quadratkilometern Flächenraum und 15 Millionen Einwohnern der größte Staat des europäischen Südostrums und eines seiner wichtigsten Wirtschaftsgelände. Da es fast ausschließlich Agrarstaat ist, hat es sich von den Folgen des Krieges ungemein schneller erholt als irgend ein anderer Industriestaat und entwickelt in den letzten Monaten eine rege Geschäftstätigkeit in der Wiederanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen. Mit Deutschland ist bereits ein Handelsabkommen geschlossen auf der Grundlage des Austauschs von Nahrungsmitteln gegen Eisenbahnwagen und Papierwaren. Auch mit der Tschechoslowakei ist ein Vertrag abgeschlossen. Ein ähnlicher mit Deutschland hat sich jetzt geschlossen, wird aber zum Abschluss kommen, da die Verhandlungen weiter gehen. Die deutsche Ausfuhrindustrie und der Exporthandel können immerhin auch den Handel mit Jugoslawien ernstlich ins Auge fassen, denn der Bedarf ist hierlich der Mühe wert. Davon konnten sich schon im Sommer 1920 mittel- und süddeutsche Fabrikanten überzeugen, die zum Besuch bei der Handelskammer in Belgrad reisten. Benötigt werden in erster Linie Betriebsmittel für die Eisenbahnen, deren Förderung von der Regierung energisch betrieben wird. Nötig sind ferner Hilfsmittel der Gas- und Elektrizitätsbeleuchtung. Auch Motoren sind gesucht, namentlich solche Typen, die für Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie verwendbar sind. Ueberhaupt hat die Einfuhr der elektrischen Industrie die besten Zukunftsaussichten, da Jugoslawien wegen seines Mangels an Kohlen eine großzügige Ausnutzung der Wasserkräfte zur Erzeugung von elektrischer Energie beabsichtigt. Im Uebrigen werden in Frage kommen Geräte und Maschinen für die Landwirtschaft, Werkzeuge aller Art und dann Spezialmaschinen für die auf der landwirtschaftlichen Produktion sich aufbauenden Industrien, wie Sägewerke, Mühlen, Zuderfabriken, Brauereien, Gerbereien. Bei allen diesen Einfuhrzweigen wird einreisen stark mit österreichischer und ungarischer Konkurrenz gerechnet werden müssen, der die Lage der Währung zugute kommt. Jugoslawien selber macht auch große Anstrengungen, sich von fremder Einfuhr möglichst frei zu machen. Viele Neugründungen von industriellen Werken sind zu verzeichnen, zum Teil unter Mitwirkung von englischen und französischem Kapital. Hierin gehört eine chemische Fabrik in Esseg, eine große Glasfabrik in Agram. Einseitigen sind aber alle diese Betriebe noch nicht zu einem ernsthaften Wettbewerb fähig. Für viele Waren, namentlich auch für den Staatsbedarf, besteht eine halbamtliche Einfuhrorganisation, die die bei solchen Einrichtungen üblichen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu machen pflegt. Hier könnte ein Handelsvertrag sehr erleichternd wirken. Hoffentlich kommt er bald zustande. An Deutschland liegt es jedenfalls nicht, wenn er noch nicht zustande gekommen ist. Belgrad hat ihn abgelehnt. Hier wirkt noch in milder Beziehung der Geist des Wirtschaftskrieges nach, angeleitet von antideutschen Auslandskreisen. Es steht aber zu hoffen, daß es der kaufmännischen Vernunft gelinget, diese Kreise gründlich matt zu legen. Es könnte Jugoslawien und Deutschland nur zum Nutzen dienen.

Aus der Handelswelt.

Württembergische Notenbank in Stuttgart. Nach dem Geschäftsbericht für 1920 haben die Umsätze im verzinslichen Giroverkehr eine nur geringe Steigerung auf 4944,2 Mill. Mark (i. V. 4896,2 Mill. Mark) erfahren. Im Diskontowechselverkehr stellte sich bei einem Zugang von 217 171 700 M. und bei einem Diskontofuß von 6 Proz. der Gesamtdiskontofuß auf rund 1 530 300 M. (1 495 500 M.). Die gewährten Darlehen betragen 211 196 686 M. (374 194 948 M.) und erarben einen Zinsbetrag von 350 600 M. (689 700 M.). In neuen Noten wurden 5 978 700 M. (4 793 300 M.) ausgegeben, dagegen 5 489 900 M. (7 174 000 M.) Noten wieder eingenommen, so daß am Schluß des Geschäftsjahres 31,3 (31,7) Mill. Mark Banknoten im

Umlauf waren. Einrücklich 192 933 M. (415 979 M.) Vortrag beträgt der Reingewinn 793 911 M. (144 161 M.) zu folgender Bemerkung: Rücklage 78 782 M. (7208 M.). Staatsgewinnanteil 90 043 (0), Mark, wie bereits mitgeteilt 5 Proz. (4 Proz.) Dividende und Vortrag 423 019 M. Der Vermögensausweis zeigt gegenüber 31,26 (31,65) Mill. Mark Noten 31,05 (29,58) Mill. Mark in bar. Die sonstigen Verbindlichkeiten stellen sich auf 70,22 (48,62) Mill. Mark, während in Beschein. 32,4 (25,88) Mill. Mark, in Lombards 20,9 (21,9) Mill. Mark und in Wertpapieren 0 (2,3) Mill. Mark angelegt waren. Das Guthaben bei der Reichsbank und der Frankfurter Bank wuchs auf 24,4 (9,99) Mill. Mark an.

Die Gewerbetreibendenvereine, e. G. m. b. H., erzielte im abgelaufenen 55. Geschäftsjahre 1920 bei einer Mitgliederzahl von 543 einen Gesamtumsatz von 272 Millionen M. (gegen 152 Mill. M. i. V.) und einen Reingewinn von 57 148 M. Davon werden auf das dividendenberechtigte Einlagekapital von 215 847 M. dem geschäftlichen und dem Spezial-Reservefonds je 10 000 M. und einer Rücklage für wohnstättliche Zwecke 2000 M. zugewiesen, eine Dividende von 6 Proz. mit 12 950 M. verteilt, am Bilanzende 4596 M. abgeschrieben und der verbleibende Saldo von 17 600 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Die Reserven belaufen sich jetzt auf 220 000 M. In der Generalversammlung wurden die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder Kaufmann Goldstein und Gemeinderat Schäfer wiedergewählt, Kaufmann Hasenmeier und Gutsbesitzer Kühle neu in den Aufsichtsrat gewählt. Den auscheidenden Mitgliedern, Privatmann Stein, der dem Aufsichtsrat 36 Jahre lang ununterbrochen angehört hat, und dem Privatmann Bretschneider wurde für ihre Arbeit und Mühe im Dienste der Bank warmer Dank gesagt.

Die Lederwarenfabrik Erich in Tuttlingen ist in ein Aktienunternehmen umgewandelt, und an einen großen Auslandskonzern angeschlossen worden. Es handelt sich um spanisches Kapital. Demnächst werden spanische Hilfskräfte in der Fabrik eintreffen.

Böttner-Werk, U. G. in Hechingen. Die im Juli vorigen Jahres gegründete Gesellschaft hatte in ihrem ersten, das Kalenderjahr umfassenden Geschäftsjahre unter den bekannten schwierigen Verhältnissen in der Kohlenversorgung und in der Arbeiterfrage zu leiden. Nach 1 219 477 M. Abschreibungen beträgt der Reingewinn 1 014 294 M., woraus 10 Proz. Dividende verteilt werden. Die Gesellschaft geht mit einem ausreichenden Bestand an Aufträgen in das neue Geschäftsjahr. Die o. S. H., in der 5 Millionen 5 450 000 M. von dem 8 Mill. M. betragenden Aktienkapital vertreten, genehmigte den Abschluß und wählte Direktor Kurt Rosenthal in Berlin neu in den Aufsichtsrat.

Der Zusammenstoß im bayerischen Bankwesen. Die Generalversammlung der Bayerischen Vereinsbank hat die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von 98 Mill. M. Stammaktien und 60 Mill. M. Proz. Vorzugsaktien auf 230 Mill. M. genehmigt. Von den Stammaktien werden 69 Mill. M. mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1920 der Bayerischen Handelsbank und der Vereinsbank in Nürnberg zum Renntwert mit der Auflage überlassen, sie ihren Aktionären zum Umlauf über 1000 M. nominal Aktien der Bayerischen Handelsbank 1000 M. nominal Aktien der Bayerischen Vereinsbank und auf je 6000 M. nominal Aktien der Vereinsbank in Nürnberg 7000 M. nominal Aktien der Bayerischen Vereinsbank zu entlassen. Die restlichen 29 Mill. M. Stammaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. April 1921 werden einem Konsortium zum Renntwert mit der Auflage überlassen, hiervon 23 Mill. M. Aktien den Aktionären der Bayerischen Handelsbank und der Vereinsbank in Nürnberg, welche durch Umlauf ihrer Aktien Aktionäre der Bayerischen Vereinsbank geworden sind, zum Besitze zu transferieren, das auf je nominal 5000 M. Aktien der Bayerischen Vereinsbank je nominal 1000 M. und auf je nominal 6000 M. je nominal 1200 M. neue Aktien entfallen. Der Kurs, zu welchem der Besagte angeboten wird, bleibt späterer Bestimmung vorbehalten. Die im Laufe des Jahres 1920 in den Aktien der Bayerischen Handelsbank und der Bayerischen Vereinsbank in Nürnberg an den Besitz der Bayerischen Vereinsbank über. Die bei dem Umlauf und Besagte nicht abgenommenen neuen Aktien der Bayerischen Vereinsbank sind zu verwerfen, wobei der

Mehrteil gegenüber dem Uebernahmepreis (100 Prozent) der Bayerischen Vereinsbank, welche die Kosten der Kapitalerhöhung übernimmt, zuzüglich der 60 Millionen M. Vorzugsaktien, welche mit einer Vorzugsdividende von höchstens 6 Prozent und einfachem Stimmrecht ausgestattet sind, wurde die Verwaltung der Bayerischen Vereinsbank ermächtigt, die Ausgabe zu vorzunehmen, daß die Größe einer Uebernahmeform gehalten wird. Der Ausgabeaktus soll mindestens 150 Prozent betragen. Apparatebau U. G. Kradler Nürnberg. In der am 29. April in Nürnberg stattfindenden S. V. wird u. a. über Kapitalerhöhung und Statutenänderung beschlossen werden. Elektrizitätsgesellschaft Berlin. Die Gesellschaft schlägt 14 (12) Prozent Dividende aus einem Reingewinn von 4 631 201 (3 958 130) Mark vor.

U. G. für Bauausführungen in Berlin. Die Hauptversammlung setzte zunächst die sofort zahlbare Dividende auf 15 Proz. fest. Es wurde die Verwaltung mit, daß das Geschäft im neuen Jahre sich bisher nicht ungünstig angehalten habe. Die alte Kundenschaft, die sich die Gesellschaft zu erhalten mußte, habe ihr dauernd Aufträge zu kommen lassen, und zur Zeit sei die Beschäftigung recht gut. Der Auftragsbestand übersteige den des Vorjahres ziffernmäßig um etwa 20 Proz. Die obersteinstehende Fikale habe zur Zeit recht gut zu tun. Sie sei von der Berliner Verwaltung seit einem halben Jahr angewiesen, Bauausführungen nur unter der Bedingung anzunehmen, daß der Erfüllungsort Breslau sei und die Zahlungen nur in deutscher Mark erfolgen. Bei den Bahnen zum Aufsichtsrat wurde das auscheidende Mitglied, Ern. Frhr. von Steinaecker, wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Direktors Johannes Rüdich wurde Generaldirektor Riger (Trierische Walzwerke) neugewählt. Zugewählt wurde der Bankdirektor Gustav Rostadt und Bankier Heinz Cabn. Ferner beschloß die Versammlung Erhöhung des Grundkapitals zwecks Stärkung der Betriebsmittel um 9 auf 15 Mill. M. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1921 ab an der Dividende teil und werden von einer Gruppe, bestehend aus der Bank für Handel und Industrie und der Firma Carl Cahn übernommen, und zwar 4,5 Mill. M. zum Renntwert und 4,5 Mill. M. zu 132 Proz., mit der Verpflichtung, die Hälfte den Gründern oder ihren Rechtsnachfolgern zum Renntwert und die weiteren 4,5 Mill. M. den Besten aller Aktien im Verhältnis von 3:4 zu 142 Proz. anzubieten.

Wirtschaftspolitisches.

Neuregelung der Salzausfuhr. Die bisher der Salz-Ausfuhr G. m. b. H. angehörenden Export-Großhändler sind aus der Gesellschaft ausgeschieden, welche nunmehr ein ausgiebiges Exportgeschäft darstellt. Dieser Verband umfaßt somit die sämtlichen an dem Salzgeschäft interessierten Salzwerke. Ihm wird die Regelung der deutschen Salzausfuhr, die Beteiligung der einzelnen Werke an dem Ausfuhrabsatz, die Preisgestaltung, die Erhebung der Reichsabgabe, Belegung der Ausfuhrbewilligungen und alle sonstigen mit dem Ausfuhrabsatz zusammenhängenden Angelegenheiten obliegen. Die bisher der Salz-Ausfuhr G. m. b. H. angehörenden Salzhandelsfirmen haben sich ihrerseits zu einem „Handelsverband“ in Berlin zusammengeschlossen, welches die Abwicklung des Ausfuhrabsatzes zu einem Zweck hat. Durch einen zwischen der Salz-Ausfuhr G. m. b. H. und dem neugegründeten Handelsverband geschlossenen Vertrag sind Vereinbarungen über die Beziehungen der Werke zum Handel getroffen worden. Sämtliche beschlossenen Vereinbarungen haben mehrjährige Dauer.

Börsenberichte.

Frankfurter Abendbörse vom 4. März. Devisen: Antwerpen 454, Holland 2135, London 242, Paris 434, Schweiz 1072½, Italien 255, Newyork 61¾, Wien 16¼, Budapest 23¾. Tendenz unentschieden. Effekten: Deutsche Bank 298, Mittelst. Kreditbank 1811, Deutscher Länderbank 80, Gelsenkirchen 348, Harpener 487, Zellstoff Wessertal 540, Grün u. Wilfinger 250, Zement Hebelberg 302, Tab. Akt. in 52½, Höchst 449, Miermerke Klenner 260, Daimler 217, Dief. u. Kraft 210½, Gebr. Jungmans 206½, Maschinenfabrik Bardenia 290, Maschinenfabrik Durlach 338, Maschinenfabrik Gröner 450, Maschinenfabrik Haib u. Neu 300, Zuderfabrik 429,90, Benzmotoren 226, Tendenz fest.

Stadtgarten.
Sonntag, den 10. April, **Volkstümliches Wettrennen auf dem See**
nachmittags 3-6 Uhr: **Doppel-Konzert**
(4 Rennen, 400 Mk. Rennpreise)
des Musikvereins Karlsruhe und der Mandolinen-Gesellschaft Karlsruhe.
Die Rennen sind frei für jedermann. Meldungen mit Nenngeld (6 Mk.) bis Freitag mittag 12 Uhr an der Schalterkasse des Stadtgartens (westlich der Festhalle), woselbst Rennbedingungen erhältlich (50 Pf.).
Eintritt: 1,15 Mk. (Jahreskarten), 2,15 Mk. (sonstige). 5538
Bei ungünstiger Witterung: Doppelkonzert in der Festhalle. Wettrennen am 17. April.

Mittwoch, 6. April, abends 8 Uhr,
im Saal „zum Palmengarten“, Herrenstr. 34a.
Oeffentliche Versammlung!
TAGESORDNUNG:
„Die bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahlen“
Redner: Kaufmannscher Angestellter Günter.
„Der Gewerkschaftsgedanke im neuen Deutschland“
Redner: Gewerkschaftssekretär Herdecker. 5534
Alle Arbeitnehmer sind eingeladen! Alle Arbeitnehmer sind eingeladen!
Verein demokratischer Angestellter, Arbeiter u. Beamten.

Städt. Festhalle.
Mittwoch, den 6. April 1921,
abends 7½ Uhr
Wohltätigkeits-Aufführung
zu Gunsten des Vereins „Jugendhilfe Karlsruhe“ e. V.
— Ferien-Kolonien armer kranklicher Schulkinde —
Wiederholung des Passions-Konzerts der Liederhalle
1. L. van Beethoven Adagio aus d. IV. Symphonie.
2. L. van Beethoven „... Messe in C-Dur.“
3. Fr. Liszt „... Der 13. Psalm.“
— 400 Mitwirkende —
Solisten: Louis Lauer-Bake (Sopran), Kathia's
Neuzehner-Petz (Alt), Helmut Neuzehner (Tenor),
Otto Wassmeyer (Bass), Orchester d. Bad. Landestheater, der Liederhalle-Männer-
und Frauenchor.
Eintrittskarten: Saal u. obere Galerie (Balkon)
numeriert, zu 3, 4 u. 5 Mk., nichtnumeriert (obere
Galerie) zu 2 Mk. (einschl. Lustbarkeitssteuer u.
Einlassgeld) ab 1. April bei den Musikanten-
handlungen Fr. Doert, Kaiserstr., Eing. Ritter-
strasse, Telefon 638, und Fritz Müller Kaiser-
strasse, Ecke Waldstr., Telefon 383. 5564
Saalöffnung 9¼ Uhr. Ende 9¼ Uhr.
Strassenbahnverbindung nach all. Richtungen.
Wir bitten die Bevölkerung unserer Stadt
unter Hinweisung auf den wohltätigen Zweck
der Veranstaltung, der Reinerlös soll den
unterernährten Schulkindern unserer Stadt zu
gute kommen — um zahlreichen Besuch.
Verein „Jugendhilfe Karlsruhe“, e. V.

Landestheater. Konzerthaus.
Die Entführung aus dem Serail. Die Journalisten
— 10 Uhr. Mk. 17.— 7-10 Uhr.

Meinrentnerbund Karlsruhe.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich nunmehr
Gartenstraße 1, Eingang L. 1 Treppe, Zimmer 17.
Regelmäßige Sprechstunden für die Mitglieder:
Dienstag von 10-11 Uhr und für Generalsekretären
Dienstag von 10 bis 11 Uhr.
Wiedererklärungen werden während der
Sprechstunden entgegengenommen. 5418

Zentral-Verband der Angestellten Ortsgruppe Karlsruhe.
Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstr. 18. Tel. 5068.
Sprechstunden: Auser Montags täglich von
1-5 Uhr nachmittags. 4343
Morgen, Mittwoch, den 6. d. M.,
abends 8 Uhr, im „Elefant“, Kaiserstr.
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Beiratsmitgliedes Kollegen
Kraiker, Mannheim. Thema: Die Be-
deutung des bevorstehenden Verbandstages.
2. Bericht über die Gaultagung vom 2. und
3. April in Heidelberg.
3. Geschäftliche Mitteilungen.
4. Verschiedenes.
Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreichen
Besuch der Versammlung. 5535
Mitgliedsbücher sind am Saalzugang vor-
zuzeigen. Die Ortsleitung.

Höhe Handeschule W. d. d. (Schwarzw.)
für strebs. Studierende beiderlei Geschlechtes.
Alle Handelsr. r. alle mod. Sprachen, Steno-
graphie, Rechtskunde usw. — Abschlußprüf. —
Vorzüg. Kos. internat. einseits. Schulgeld
monatl. 400 b. 500 Mk. Je n. Klasse. Prosd. 29!

Museum Karlsruhe e. V.
Eingetretener Hindernisse wegen muß
das für Samstag, d. 9. April vorgesehene
Konzert auf kurze Zeit verschoben
werden. Bekanntmachung hierüber erfolgt.
5506 Der Vorstand.

Residenz-Lichtspiele
Waldstr. 30. Teleph. 5111.
Route bis einschl. Freitag, 8. April.
Der große italienische Kunstfilm
(Fabrikat: Wegala Film, Rom)

Die Jagd nach dem Luxus
(L'Impasse)
Der Roman einer Geheimagentin in 5 Akten.
Szenischer Leiter und Hauptdarsteller:
H. Mario Bonnard mit der
berühmten italienischen Tragödin
Leda Gys.
Beginn: 4, 6.45, 9.35 Uhr.
Ferner: 5463

Die sieben Gesichter
Ein außerordentlich spannender vornehmer
Detektivfilm in 5 Akten mit
Erika Glädner u. Friedrich Fehér.
Beginn: 5.25, 8.10 Uhr.

„Steuerangelegenheit“
Gesellschaftsgründungen,
Bilanzwesen, Revisionen
übernimmt in Steuerfachen erfahrener Sach-
mann. Offert. u. Nr. 1723 an die 24d. Presse.

Gemüsesamen
Abschlag 10%. Hülsenfrüchte 20%
Lucwig Ailinger, Karl-Wilhelmstr. 53. Tel. 914

Union-Theater
Ab heute!
Satan Dictator
Tragödie eines Fürstengeschlechts in 6 Akten.
Zeit und Ort der Handlung: England anno 1750.
In der Hauptrolle: Anne Perre.
Ewiger Strom.
Tragödie in einem Vorspiel und 6 Akten. 5521
In der Hauptrolle: Marija Leiko.

Ihr alter Hut
wird bei mir wie neu und nach den neuesten
Modellen umgeformt, umgearbeitet u. garniert.
Lieferfrist 10-14 Tage. 5503
Elegante neue Hüte von Mk. 40.— an bei
EMILIE KAMPF, Putzgeschäft
Kreuzstr. 17, 3 Treppen. Ecke Markgrafenstr.

Kaufe u. verkaufe fortwährend getragne
Herren- u. Damenbe-
kleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe,
Uhren, Reißzeuge, Feuertücher, Musikinstru-
mente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller
Art, Nähmaschinen, Kinderwagen usw. usw.
Geil. An- u. abzugeben. Weintraub's An- u. Ver-
erbittet. Kronenstraße 52. — Telefon Nr. 3747.

Wilhelm Wolf jr.
Kaiserstr. 82a KARLSRUHE Ecke Lammsir.
Tuch-Grosshandlung
verbunden mit **Detail-Verkauf** empfiehlt
Erstklassige Rheinische und Cottbuser Anzugstoffe
Preisliste ab 1. April: Mk. 110.—, 130.—, 165.—, 185.—
beste Qualität Mk. 200.—. 5407
Telephon 1628. Gegründet 1888. Tel.-Adr.: Tuchwolf.

Das Mangobaumwunder.

Eine unglaubliche Geschichte von Leo Peruz und Paul Franz (21. Fortsetzung.)

Der Baron brachte Schaufel und Rechen herbei, die an der Wand neben der Türe zum Treibhaus lehnten. „Da nehmen Sie! Das Zeug da muß ausgehätet werden — bis auf die letzte Wurzel!“ sagte er dann zu Dr. Kircheisen.

Der gleiche Mensch, dessen müden, hinfälligen Körper er eine Stunde zuvor auf das Sofa gebettet hatte? Geplant sah der Arzt auf das gefährliche Manöver. „Da ist sie,“ sagte der Baron plötzlich leise und im gleichen Augenblick erhob sich der plattgedrückte Kopf der Schlange zwischen den grünen Blättern.

Todes-Anzeige. Heute Nacht entschlief unerwartet infolge eines Schlaganfalles mein innig geliebter Vater, unser guter Vater, Bruder, Großvater und Schwiegervater Albert Wagner.

Freiw. Feuerwehr Berghausen. Wir erfüllen hiermit die taufrische Pflicht, Sie von dem am Montag vormittag erfolgten Ableben unseres hochverehrten Ehrenkommandanten Herrn Albert Wagner.

Statt Karten. 5447 Apotheker Hans Kaiser Emmy Kaiser, geb. Schnepf Vermählte Karlsruhe i. B. Wilhelmstr. 18.

Die Geburt eines MADELS zeigen an: Albert Vogel u. Frau Bertel, geb. Baer. Karlsruhe, Belforstr. 4, 3. April 1921 z. Zl. Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus.

Drehstrom-Motore, Bau elektr. Anlagen jeder Art u. Größe. Alwin R. Etzel, Karlsruhe i. B., Belforstr. 51. Fernruf 3357.

Fabrikations- oder Engros-Geschäft. mittleres u. hohes Geschäft. In Betrieb kommen nur nachweisbar gut rentierende Unternehmen. Angebote unter Nr. 517148 an die Bad. Presse.

in Kommission? Am liebsten in Herrenausstattungen (Wäsche, Konfektion, Stoffe), doch anderen nicht abgeneigt, eventl. Billige, Etablierung erarbeiten. Gediegene Angebote an die „Badische Presse“ unter Nr. 517766.

Offene Stellen Intelligenter, junger Kaufmann, perfekt in Maschinen- (Wäsche, Konfektion) mit Kenntnissen in einfacher Buchführung, auch gewandt im Verkehr mit dem Publikum, per sofort gesucht. Auch tücht. Inleraten-Vertreter und Stenotypist.

Geht! Zeidlerin für kinderliche Kleider-Entwürfe. Angeb. unter Nr. 517818 an die „Bad. Presse“.

Verkäuflerin für feine od. spätere Kleider. Angeb. unter Nr. 517770 an die „Bad. Presse“.

Gebrüder Scharff Wir empfehlen: Feinste Gemise-Nudeln. Maccaroni. Dörrobst. Marmelade.

Büchsenmilch. Gouda-Käse. Griess. Reis. Haferflocken.

Feuerversicherung. für unsere anteilgegründete Feuerversicherungsgesellschaft mit ausgedehnter Organisation suchen wir noch einige jüngere Angenbeamte.

Kolonialwaren. Grobhandlung in Karlsruhe sucht tüchtige, strebsamen, energischen, jungen Mann im Alter von 18-20 Jahren, für Lager und Reise.

Daunen-Decken Stoppdecken Woldecken Deckbetten Kissen 5544 Metallbetten — Kinderbetten Matratzen — Aufarbeitungen außergewöhnlich preiswert! Kinderbett abklappbar 70x150 cm 250 Mk. Betten-Spezial-Haus. Karlsruhe, Kaiserstr. 164.

Mädchen für sonntags od. später eine gewisse Anzahl, erprobte, ergebene Gänglingspfliegerin gesucht. Angebote unter Nr. 517818 an die „Bad. Presse“.

Perfekte Köchin gesucht, logisch oder später, ebenso tüchtige Köchinnen, das sind wir suchen. Angeb. unter Nr. 517770 an die „Bad. Presse“.

Mädchen für einfache Kleider in gutem Haus gesucht. Angeb. unter Nr. 517770 an die „Bad. Presse“.

Reisender in Kolonialwarenhandel, Baden's bekannt einsegl. sucht Stellung an sofort. Angebote unter Nr. 517738 an die Badische Presse.

Stellengelechte. meine 3 Zimmerwohnung, Bad, elektr. Licht, Neu-Parquet, Räder, neuem Bad, 2 od. 3 Zim. Wohnz. u. Küche, u. Nr. 517700 an die Badische Presse.

Reisender in Kolonialwarenhandel, Baden's bekannt einsegl. sucht Stellung an sofort. Angebote unter Nr. 517738 an die Badische Presse.

Der Baron holte mit der Reitergerte aus. „Ich treffe den Kopf!“ flücherte er. „Schlagen Sie sie gleichzeitig leicht auf den Leib. So — jetzt! Sie, du Feind! Wärsch du in Teufelsnamen in Indien geblieben! Was hastel du in meinem Treibhaus zu suchen?“

Aufklärung betr. Adressbuch! Eine Stuttgarter Firma hat durch Reisende Inserat-Aufträge sammeln für ein Adressbuch für Baden. Wir bitten die Geschäftswelt, vorkommendenfalls zu beachten, daß dieses neue badische Adressbuch der Stuttgarter Firma in keiner Weise zusammenhängt mit uns. Landesadressbuch für Baden.

Mädchen für sonntags od. später eine gewisse Anzahl, erprobte, ergebene Gänglingspfliegerin gesucht. Angebote unter Nr. 517818 an die „Bad. Presse“.

